



STADT STEIN AM RHEIN

6. Sitzung des Einwohnerrates

vom Freitag, 12. Dezember 2008, 20.00 - 22.33 Uhr
Bürgerasyl

KORRIGIERTE FASSUNG

Vorsitz:	Hug Beat	SVP	Präsident
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>		
	Derrer Jörg	SP	Stimmenzähler
	Frei Andreas	SP	
	Knecht Ursula	FDP	
	Lengwiler Guido	Pro Stein	
	Marty Franz	CVP	
	Niedermann Raphaela	SP	Aktuarin
	Oster Rolf	SP	
	Rietmann Fritz	SP	
	Rietmann-Morf Katharina	Pro Stein	Vizepräsidentin
	Schlatter Richard	Pro Stein	
	Strasser-Kern Verena	SVP	Stimmenzählerin
	Ullmann André	Pro Stein	
	Wagner Georg	Pro Stein	
	Weibel Urs Dr.	SP	
	<u>Stadtrat</u>		
	Hostettmann Franz	Stadtpräsident	
	Roth Peter	Vizepräsident/Baureferent	
	Hilty David	Finanzreferent	
	Meile René	Sozialreferent	
	Böhni Ernst	Werkreferent	
	<u>Verwaltung</u>		
	Jost Fritz	Stadtschreiber	
	Furger Martin	Zentralverwalter	
	Hirschi Beat	Polizeichef/Weibel	
	<u>Geschäftsprüfungskommission</u>		
	Häberli Roland	Präsident	
	Maissen Herbert	Mitglied GPK	
Entschuldigt:	Hotz Hanspeter	Mitglied GPK	
Protokoll:	Vögeli Werner	Protokollführer	

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls vom 24. Oktober 2008
2. Voranschlag 2009, Genehmigung (fakultatives Referendum)
3. Finanzplan 2009-2012, Kenntnisnahme
4. Fondsreglement, Erlass (fakultatives Referendum)
5. Clubhaus Fussballclub, Sanierung, Bewilligung Nachtragskredit Fr. 50'000.--
6. Steiner Sport-Preis. Postulat von Rolf Oster (SP) und drei Mitunterzeichnern vom 15. November 2008
7. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Beat Hug eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst alle Anwesenden. Der Rat ist vollzählig. Zusätzlich sind zwei Mitglieder der GPK anwesend, **Herbert Maissen** und **Roland Häberli**. **Ratspräsident Beat Hug** stellt sie den Zuschauern vor und begrüsst sie. **Hanspeter Hotz** hat sich entschuldigt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Traktandum 1

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 5. Sitzung vom Freitag, 24. Oktober 2008 wird genehmigt.

Traktandum 2

32 02.25.005 FINANZEN, Stadtkasse, Voranschlag Voranschlag 2009

Sachverhalt

Der Stadtrat unterbreitet den Voranschlag 2009 wie folgt:

Nettoaufwand in Fr.	Voranschlag 2008	Voranschlag 2009	Veränderung %
0 Allgemeine Verwaltung	1'771'310	1'768'710	-0.1 %
1 Öffentliche Sicherheit	395'240	421'140	6.6 %
2 Bildung	3'628'000	3'619'000	-0.2 %
3 Kultur, Freizeit	531'130	546'620	2.9 %
4 Gesundheit	66'200	84'000	26.9 %
5 Soziale Wohlfahrt	906'900	1'045'650	15.3 %
6 Verkehr	398'200	379'000	-4.8 %
7 Umwelt, Raumordnung	294'850	307'300	4.2 %
8 Volkswirtschaft	152'900	201'100	31.5 %
9 Finanzen, Steuern	-8'214'000	-8'453'800	2.9 %
Total Ergebnis	- 69'270	-81'280	

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Antrag des Stadtrates

Dem Einwohnerrat wird beantragt zu beschliessen:

1. Dem Voranschlag Laufende Rechnung und der Investitionsrechnung 2009 wird zugestimmt.
2. Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes ist für das Jahr 2009 eine Gemeindesteuer von 98 % zu erheben.

Einwohnerratspräsident Beat Hug schlägt vor, zumindest in der Eintretensdebatte Budget und Finanzplan gemeinsam zu behandeln. Der Rat ist damit stillschweigend einverstanden.

Finanzreferent David Hilty zeigt sich erfreut, wiederum ein ausgeglichenes Budget mit einem Überschuss von 87'000 Franken präsentieren zu können. Bei den Ausgaben stellen wir in den Bereichen Gesundheit und Volkswirtschaft prozentual das grösste Ausgabenwachstum fest; absolut gesehen wird das aber wieder relativiert. Die Schule beansprucht mit 43 % beinahe die Hälfte unseres Budgets. Mit der Annahme des neuen Schulgesetzes im Februar 2009 müssen Zweckverbände gebildet werden, womit unser Einfluss auf die Kosten weiter sinken wird. Diese Entwicklung gilt es gut zu beobachten. Der Personalaufwand steigt um 4,9 %; 2,9 % entfallen auf die Teuerung, 0,8 % auf den Stufenanstieg der kantonalen Angestellten, 1,2 % auf die geplante Erweiterung des Stellenplans im Altersheim. Mit diesem Geschäft muss sich der Einwohnerrat nächstes Jahr befassen. Beim Sachaufwand betragen die Mehrausgaben 6,6 %. Ein grosser Teil davon sind ausserordentliche Ausgaben, welche auf Seite 3 des Kommentars ausgewiesen sind. Doch solche werden weiterhin jedes Jahr anfallen. Die Grössenordnung ist ungefähr dieselbe wie in den vergangenen Jahren. Zum Thema Steuern: Im Februar wird erneut über ein neues kantonales Steuergesetz abgestimmt, welches den Mittelstand entlasten soll. Für Stein am Rhein beträgt der Ausfall rund 0.6 Millionen Franken, was rund sieben Steuerprozenten entspricht. Das ist im Voranschlag bereits eingerechnet. Wird das Gesetz abgelehnt, beantragt der Stadtrat zu gegebener Zeit einen einmaligen Steuerrabatt in dieser Grössenordnung. Trotz diesem Steuerausfall hält der Stadtrat an seiner Philosophie der kleinen Schritte fest und schlägt eine Senkung des Steuerfusses um 2 % vor. Der Finanzplan zeigt auf, dass dieser Schritt noch vertretbar ist. Das Budget rechnet mit Steuereinnahmen von 8,4 Millionen Franken. Die Investitionen sind mit 1,2 Millionen Franken niedriger als auch schon. Es handelt sich um Vorhaben im Altersheim und um die Sanierung von Werkleitungen und Strassen. 70 % davon sind durch Gebühren finanziert. Damit entsteht keine wesentliche Neuverschuldung. Das Budget präsentiert sich sehr schön; allerdings stehen grosse Veränderungen und Aufgaben an, und die weitere Entwicklung ist wegen der Rezession ungewiss. Zum Finanzplan: Die Zukunft ist offen. Der Plan wurde nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Die Ausgangslage ist bekannt: Uns erwarten zwei grosse Aufgaben, die Sanierung des Kirchhofplatzes und der Bau der Sporthalle Hopfengarten. Das Defizit ist verkraft- und vertretbar. Die schrittweise Reduktion des Steuerfusses wird dabei beibehalten. Mehr aber liegt zunächst nicht drin. Angesichts der ungewissen Zukunft haben wir zum Glück für die Sporthalle namhafte Rückstellungen tätigen können.

Raphaela Niedermann, SP, verliest als Präsidentin der GPK deren Bericht. Vorgängig dankt die GPK allen Stellen für die hervorragende Zusammenarbeit, vor allem dem Zentralverwalter Martin Furger. In vier Sitzungen befasste sie sich intensiv mit dem Voranschlag und bezog weitere Akten in die Prüfung mit ein. Zeitweise waren Zentralverwalter Martin Furger und bei der Schlusssitzung auch Finanzreferent David Hilty anwesend. Dabei wurde der Voranschlag detailliert durchgesprochen. Die GPK stellte fest, dass die in den letzten Jahren gemachten Anregungen umgesetzt werden. Hier sei die verbesserte Feststellung der Steuerdaten der juristischen Personen zu erwähnen, sodass jetzt die Steuereinnahmen besser budgetiert werden können. Bezüglich der notwendigen

Renovationsarbeiten beim Salzlager setzte sich die GPK mit der Frage auseinander, was in die Investitionsrechnung und was in die Laufende Rechnung als Unterhaltskosten gehöre. Die Grenze ist fließend. Hier liegt noch keine einheitliche Regelung vor, was seitens der GPK wünschenswert wäre. Beim Altersheim wurde die Kostenentwicklung heftig diskutiert. Es wird festgestellt, dass die Personalkosten enorm steigen, dass dies aber auch ein Problem der heutigen Gesellschaft ist. Es handelt sich bei den Bewohnern des Altersheims immer mehr um Pflegefälle, und damit steigt auch der Betreuungsaufwand. Eine Lösung zur Kostenstabilität kann auch die GPK nicht aufzeigen; sie wird aber die Entwicklung weiterhin im Auge behalten. Weiter ist sie unzufrieden mit dem neuen Pflegegesetz. Es ist unsinnig, Mehrausgaben zu generieren, um einen Zuschuss zu erhalten. Ortsplanung: Die GPK ist der Meinung, der Zeitpunkt für die Aktualisierung der Leitbilder sei zu früh. Zurzeit sollten zuerst die laufenden Grossprojekte realisiert werden. Demzufolge beantragt sie, den Kredit zu streichen. In diesem Zusammenhang stellte sie auch fest, dass zum Teil unnötige Projektierungskredite gesprochen werden. Das sei am Beispiel Kindergarten Burgacker aufgezeigt. Hier ist die Westfassade schon seit längerer Zeit renovationsbedürftig. Der Stadtrat befasste sich mehrmals mit dem Problem. Am 17. Juli 2002 beschloss er eine Sanierung, Kostenpunkt 8'400 Franken. Diese wurde aber nie ausgeführt. Im vorliegenden Voranschlag war dafür ein Projektierungskredit von 6'000 Franken enthalten. Dieser wurde auf Antrag der GPK gestrichen. Sie ist der Meinung, es gehöre zu den Aufgaben des Bauverwalters, diesen und ähnliche Mängel an Bauten direkt mit einem Fachbetrieb anzuschauen und zu lösen. Planungsaufträge an Architekten für derart einfache Geschäfte führen zu unnötig hohen Kosten. Weiter stellte die GPK fest, dass beim Budget 2009 die Verzinsung der Erneuerungsfonds Wasser, Abwasser und Wärmeverbund nicht transparent waren. Dies wird zukünftig besser dargestellt. Da die Steuereinnahmen 2009 wohl geringer ausfallen werden als geplant, regte die GPK an, diese um 100'000 Franken nach unten zu korrigieren, dafür im Gegenzug den Zinsaufwand um denselben Betrag zu reduzieren. Dies wirkt sich auf den Voranschlag kostenneutral aus, entspricht aber eher den tatsächlichen Zahlen.

Zum Finanzplan

Die GPK stellte fest, dass der Finanzplan in den Bereichen Steuern, Finanzen und Investitionen jeweils erheblich vom späteren Budget abweicht. Da der Finanzplan aber ein Arbeitsinstrument darstellt, sind solche Abweichungen möglich, da nicht auf Jahre hinaus genau geplant werden kann. Die GPK schätzt vor allem den Investitionsplan. Dieser wird jeweils mit dem letztjährigen verglichen.

Spezielles

Die GPK wurde gebeten, auch das Fondsreglement zu prüfen. Dabei fügte sie als Ergänzung in Art. 1, Abs 1, die Ziffer 6 sowie Abs 3 hinzu. Damit ist das Reglement besser verständlich. In dieser Form wurde es übernommen und liegt nun dem Einwohnerrat zur Genehmigung vor.

Der Kanton plant bekanntlich auf nächstes Jahr eine Steuergesetzrevision, welche für Stein am Rhein Einbussen zwischen 500'000 und 600'000 Franken nach sich ziehen würde. Da diese im Voranschlag bereits enthalten sind, setzte sich die GPK mit der Frage auseinander, was bei einer allfälligen Ablehnung der Revision (die Volksabstimmung findet im Februar 2009 statt) zu tun wäre. Es wurden verschiedene Lösungen diskutiert. Zum Schluss empfahl die GPK dem Stadtrat, den Einwohnern

einen einmaligen Steuerrabatt zu gewähren. Diese Empfehlung wurde vom Stadtrat übernommen.

Weiter setzte sich die GPK mit der geplanten Steuerfussreduktion auf 98 % auseinander, dies auch im Hinblick auf die momentan unsichere Wirtschaftslage. Das Kapitalkonto wird auf Ende 2008 voraussichtlich einen Stand von zwei Millionen Franken aufweisen, sodass hier Reserven vorhanden sind und die geplante Reduktion verantwortet werden kann.

Dann befasste sich die GPK nochmals mit der Umsatzentwicklung und dem Pachtvertrag der Burg Hohenklingen. Problematisch sieht sie den Mietzinsverzicht für die ersten Monate, die Höhe des Mietzinses sowie die Bedingungen für Miete und Kauf des Inventars. In Zukunft wäre es wünschenswert, Verträge mit derart grossen finanziellen Auswirkungen dem Einwohnerrat vorzulegen.

Äusserst kritisch nahm die GPK die Mitteilung der Stiftungsräte der Jakob und Emma Windler-Stiftung von anfangs November auf und diskutierte sie. Am 5. November war in den Schaffhauser Nachrichten folgendes zu lesen: "Stiftungsratspräsident Siegbert Lüttke und Vizepräsident Urs Bärlocher machten klar, wer das Sagen hat, respektive wer den Geldsegen der Stiftung verteilen wird." Und etwas später: "Angesichts der derzeitigen Finanzkrise denkt man innerhalb der Jakob und Emma Windler-Stiftung über eine bessere Verteilung des Risikos nach. Der Stiftungsrat prüft, ob ein Teil des Vermögens anders als in Novartisaktien angelegt werden soll." Angesichts solcher Aussagen stellt sich die Frage, ob hier noch dem Stiftungszweck gemäss gehandelt wird. Die GPK möchte festhalten, dass auch nach einer Lockerung des Stiftungsrechts im Jahre 2006 Stiftungsgelder ihrem Zweck entsprechend eingesetzt werden müssen. Anderenfalls wäre die Aufsichtsbehörde einzuschalten.

Personelles

Hanspeter Hotz, langjähriges Mitglied der GPK, hat auf Ende des Jahres seinen Rücktritt bekannt gegeben. Beat Hug kann als neu gewählter Stadtrat ebenfalls nicht mehr in der GPK mitwirken. Auch Raphaela Niedermann, derzeitige Präsidentin der GPK, verabschiedet sich aus diesem Gremium, da sie wegen eines Umzugs nach Schaffhausen nächstes Jahr nicht mehr dabei sein wird. An dieser Stelle bedankt sie sich ganz herzlich für die tolle Zusammenarbeit. Die GPK hat unzählige Akten studiert, Kontostände kontrolliert, Anregungen erteilt und Anträge gestellt. Es gab viele, zum Teil heftige Diskussionen, die aber immer sachlich und fair ausgetragen wurden.

Stadtpräsident Franz Hostettmann ist erstaunt über den Schluss des Berichts. Er bittet den Rat, davon Kenntnis zu nehmen, dass die Jakob und Emma Windler-Stiftung eine privatrechtliche Organisation ist, die nicht von der GPK zu beurteilen ist.

Eintretensdebatte

André Ullmann, Pro Stein, geht zuerst auf den Finanzplan ein. Dieser zeigt die Trends betreffend Gesamtergebnis der Laufenden Rechnung und betreffend Nettoverschuldung auf. Wichtig ist, dass die Zahlen nicht einfach Hochrechnungen sind, sondern von detaillierten Annahmen ausgehen. Dies ist aus Sicht der Fraktion der Fall. So wurden für die Laufende Rechnung bereits erkennbare Entwicklungen auf der Ebene einzelner Ausgaben richtig berücksichtigt. Für die Investitionsrechnung wurden die entsprechenden Positionen der Zehnjahresplanung

entnommen, welche mittlerweile für verschiedene Bereiche existiert. Diesbezüglich durfte André Ullmann als Mitglied gewisser Kommissionen auch feststellen, dass der Stadtrat dort richtigerweise bereits vereinzelt den Rotstift angesetzt hat. Neben den Zahlen gab der Stadtrat auch eine eigene Einschätzung der finanziellen Entwicklung ab. Die Pro Stein teilt diese im Grossen und Ganzen. Besonders hervorheben möchte sie folgende Punkte:

1. Unsere Finanzen sind gegenwärtig gesund. Dies lässt kontrollierte Investitionen und weitere Steuererleichterungen zu.
2. Die grossen Investitionen müssen priorisiert werden. Die Pro Stein befürwortet im Speziellen die Sanierung der Infrastruktur für Wasser und Abwasser, den Bau des Parkhauses Untertor und den Neubau der Sporthalle HOGA. Bei letzterer versteht sie allerdings nicht, warum die Projektierung wiederum ein Jahr nach hinten geschoben wurde. Sie ist der Überzeugung, dass die Projektierung bereits im Jahr 2009 an die Hand genommen werden könnte. Hierzu wünscht sie eine Aussage seitens des Stadtrates.
3. Nach diesen prioritären Investitionen muss auf Grund der Neuverschuldung und der daraus resultierenden Finanzierungskosten eine Regenerationszeit folgen. Die Fraktion unterstreicht daher die Aussage des Stadtrates, dass die Rheinufergestaltung und die Rathaussanierung warten müssen beziehungsweise deren Finanzierung vorgängig sorgfältig zu prüfen ist. Im Klartext heisst das auch, dass diese Projekte hochgradig gefährdet sind, wenn sie nicht massgeblich von der Stiftung mitgetragen werden.
4. Bei den Steuererleichterungen befürwortet die Pro Stein die anstehende Steuergesetzesrevision, die spätere Reduktion der kalten Progression und die schrittweise Senkung des Gemeindesteuerfusses von gegenwärtig 100 auf 95 % bis ins Jahr 2012. Für 2009 allein beantragt der Stadtrat nun die Senkung um 2 Prozent. Dies erachtet die Fraktion als richtig. Sie verzichtet daher auf einen Antrag auf eine aggressivere Senkung. Der Grund ist folgender: Dem Finanzplan und dem Budget merkt man auf Grund einzelner Ungereimtheiten an, dass sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten erarbeitet wurden. Die möglichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind zwar berücksichtigt, aber wahrscheinlich noch nicht im heute bekannten Ausmass. So ist die Zinsentwicklung wahrscheinlich eher zu pessimistisch prognostiziert, die Steuereinnahmen dagegen zu optimistisch. Bei den Steuern fürchtet die Pro Stein vor allem den Hebeleffekt, der sich bei einer Trendumkehr auf die Steuern und die Zu- beziehungsweise Abschreibungen auswirkt. Der Votant und auch die GPK haben daher verschiedentlich entsprechende Vorschläge zur Verbesserung der Prognose der Steuereinnahmen gemacht. Er freut sich, dass die Zentralverwaltung entsprechende Vorschläge für juristische Personen übernommen und diese für das Budget 2009 angewendet hat.

Dann kommt André Ullmann auf das Budget 2009 zu sprechen. Dieses beurteilt die Pro Stein in seiner Gesamtheit ebenfalls als ausgewogen. Es bietet neben einer weiteren steuerlichen Erleichterung Platz für diverse kleinere ausserordentliche Ausgaben mit Investitionscharakter und schliesst dennoch mit einem Plus von 87'000 Franken ab. Betreffend steuerliche Entlastung befürwortet die Pro Stein die weitere Senkung des Gemeindesteuerfusses um zwei Prozentpunkte. Als sehr positiv beurteilt sie das Versprechen des Stadtrates, dem Einwohnerrat einen einmaligen Steuerrabatt vorzuschlagen, sollte die Steuergesetzesrevision nicht wie budgetiert in Kraft treten. Dann würde nämlich die Laufende Rechnung um 600'000 Franken besser abschliessen als geplant. Im positiven Sinne nimmt die Fraktion ferner zur Kenntnis, dass sich die Mietzinseinnahmen aus den Liegenschaften des Finanzvermögens,

namentlich der Burg und der Herfeld, nun spürbar bemerkbar machen. Gleichzeitig freut sie sich aber auch, wenn es den eingemieteten Unternehmen wirtschaftlich gut geht. Betreffend Ausgaben hat die Fraktion eine ganze Anzahl Positionen im Detail diskutiert. Beim Personalaufwand sieht sie keinen Änderungsbedarf. Hier ist der grösste Teil des Anstiegs auf den Ausgleich der Teuerung zurückzuführen. Da wir uns nicht in einer Extremsituation befinden, sollten wir auch nicht von der kantonalen Lösung abweichen. Die geplante Erweiterung des Stellenplanes beim Altersheim wird im Rahmen des Stellenplanes noch diskutiert. Beim Sachaufwand hingegen sieht die Fraktion Änderungsbedarf. So teilt sie einstimmig die Ansicht der GPK, den Kredit über 61'5000 Franken für die Überarbeitung der Leitbilder zu streichen. Auf Grund der gegenwärtigen Planungen (Fusionsverhandlungen Hemishofen, Parkhaus Untertor, Sporthalle HOGA, Planungen Friedauareal, Vorderbrugg und Areal Irimiger, Erschliessung Industriegebiet) ist diese Arbeit verfrüht. Die Pro Stein wird daher den entsprechenden Antrag der GPK unterstützen. Kritisch beurteilt werden ferner noch folgende Positionen: Einbindung der Protokollbände, die zwei Positionen zu den WC-Anlagen der SBB, Unterhalt der Strassenverkehrsanlagen, die Situation des Parkplatzfonds und die drei Fahrzeugbeschaffungen in der Investitionsrechnung. Abschliessend hält der Sprecher der Pro Stein fest, dass seine Fraktion den im Budget noch nicht berücksichtigten Sonderbeitrag von rund 30'000 Franken an die Unterdeckung der kantonalen Pensionskasse zur Kenntnis genommen hat. Sie geht davon aus, dass dieser Betrag mit den Änderungen des Einwohnerrates in die finale Fassung aufgenommen wird. Abschliessend dankt die Pro Stein dem Stadtrat und dem Zentralverwalter für die übersichtliche Darstellung und die zahlreichen klaren Erläuterungen. Transparenz und Verständlichkeit sind hervorragend. Auch der GPK dankt sie für ihre detaillierte, kritische und zeitintensive Arbeit. Diese Kommission ist vor allem aus der Sicht des Einwohnerrates ein enorm wichtiges Instrument zur Überwachung der städtischen Finanzen. Danken möchte die Pro Stein auch der Jakob und Emma Windler-Stiftung. Sie tut wirklich enorm viel Gutes, und zwar nicht einseitig Richtung Verschönerung der Altstadt, sondern auch in anderen Belangen, insbesondere in der sozialen Wohlfahrt. Ohne ihr Engagement in ideeller und finanzieller Hinsicht wäre Stein am Rhein heute nicht was es ist, und diese Sitzung würde auf Grund eines engeren Korsetts bedeutend länger dauern. Allerdings würde sich André Ullmann an dieser Stelle auch wünschen, dass sich die Stiftung ebenso beharrlich und stark hinter gemeinsame langfristige Projekte stellt, wie sie dies für ihre eigenen Projekte tut. Sie muss sich bei Vorhaben der Stadt bewusst sein, dass die politischen Prozesse sehr langwierig sind und daher frühe und verlässliche Absichtserklärungen erfordern. Die Pro Stein befürwortet einstimmig Eintreten.

Finanzreferent David Hilty antwortet auf André Ullmanns Ausführungen. Die erwähnten 100'000 Franken sind bereits im Voranschlag enthalten. Die GPK leistet gute Arbeit, doch auch der Stadtrat hat sich überlegt, was zu tun sei, wenn das Steuergesetz nicht angenommen wird. In der ersten Fassung war der Hinweis enthalten, der Stadtrat werde dann einen Antrag stellen. Angesichts der Ungewissheit sucht er eine offenere Formulierung. Das Einfließen der Beträge für die Pensionskasse würde dazu führen, dass bei jeder Position der Personalausgaben der Betrag korrigiert werden müsste. Das erachtet der Stadtrat nicht unbedingt als sinnvoll, denn der Aufwand lohnt sich nicht. Selbstverständlich aber kann der Einwohnerrat dies fordern.

Raphaela Niedermann, SP, führt aus, auch bei der Beratung in ihrer Fraktion habe die momentane Wirtschaftslage eine Rolle gespielt. Dementsprechend wurden auch

Finanzplan und Voranschlag diskutiert. Die Fraktion ist der Meinung, die momentane lineare Steuerfussreduktion könne unter den gegebenen Umständen nicht automatisch so weitergeführt werden. Die Frage, ob eine weitere Senkung noch tragbar sei, muss nächstes Jahr ganz genau geprüft werden. Auch anhand des Finanzplanes ist ersichtlich, dass es gilt, vorsichtig und umsichtig zu handeln. Die SP denkt dabei an die geplanten grossen Projekte wie Chirchhofplatz, Sanierung Strandbad und Sporthalle. Ihre Finanzierung darf nicht gefährdet werden. Daneben dürfen die anstehenden normalen Sanierungen nicht vernachlässigt werden. Dem Investitionsplan ist beispielsweise zu entnehmen, dass die Sanierung der Strassen im Burgacker von 2009 oder 2010 ins Jahr 2012 verschoben wurde. Aus diesen Gründen befürwortet die SP eine vorsichtige Budgetierung. Dies darf aber nicht dazu führen, dass damit weitere Steuersenkungen durchgeboxt werden. Es gilt, vorausschauend die Mittel bereitzustellen, um die notwendigen Ausgaben tätigen zu können, sodass die Stadt ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Wie schnell sich die Wirtschaftslage ändern kann, wissen wir ja alle. In diesem Zusammenhang muss auch klar der Gleichschritt zwischen Gebühren und Steuern im Auge behalten werden. Es darf nicht sein, dass wegen untragbarer Steuersenkungen die Gebühren für Dienstleistungen erhöht werden müssen. Ein weiteres Thema waren die Kosten des Tourismus. Es wurde festgestellt, dass diese jährlich um 100'000 Franken steigen. Dieses Geld wird dem Parkplatzfonds entnommen, der bereits beträchtlich geschrumpft ist. Hier besteht Handlungsbedarf. Dieser darf aber nicht darin bestehen, dass einfach die Parkgebühren erhöht werden. Es muss vielmehr auch darauf geachtet werden, welche Investitionen in diesem Bereich wirklich etwas bringen. Die Fraktion denkt dabei zum Beispiel an die Werbung. Heftig diskutiert wurde der Antrag der GPK, den Projektierungskredit für die Überarbeitung der Leitbilder zu streichen. Hier sind die Meinungen geteilt. Die einen betrachten den Zeitpunkt als richtig. Andere aber glauben, das mache nur Sinn, wenn Hemishofen mit einbezogen wird. Da aber im heutigen Zeitpunkt noch nicht bekannt ist, ob der Zusammenschluss zustande kommt, sollte noch zugewartet werden. Die SP dankt den Verantwortlichen für den sehr guten, detailliert ausgeführten Voranschlag. Dahinter steckt viel Arbeit. Sie befürwortet Eintreten und wird zustimmen.

Ursula Knecht, FDP, teilt mit, die bürgerliche Fraktion danke dem Stadtrat, den zuständigen Chefbeamten und vor allem Zentralverwalter Martin Furger für die übersichtliche Darstellung und für die zahlreichen klaren Erläuterungen. Auch der GPK dankt sie für die Prüfung. Sie freut sich, dass der Stadtrat einen positiven Voranschlag für das Jahr 2009 vorlegen kann, und dies unter Berücksichtigung der kantonalen Steuergesetzrevision und einer zusätzlichen Steuerfussreduktion von zwei Prozent. Die sehr guten Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre, welche unter anderem auch auf die sehr grosse Ausgabendisziplin zurückzuführen sind, legten den Grundstein dazu. Aber auch die tiefen Zinsen auf dem Fremdkapital und die Unterstützung durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung trugen ihren Anteil dazu bei. Die Rechnungen der vergangenen Jahre zeigen auf, dass auf der Ausgabenseite jeweils sehr genau budgetiert wurde. Auf der Einnahmenseite führte die vorsichtige Planung dazu, dass die Erträge jeweils mindestens den budgetierten Einnahmen entsprachen. Die Fraktion ist daher der Meinung, dass der Spielraum für eine zweiprozentige Steuerfussreduktion gegeben ist und trotz unsicherer Wirtschaftslage verantwortet werden kann. Stein am Rhein hat gesunde Finanzen und auch gewisse Reserven, um schlechtere Jahre zu verkraften. In diesem Sinn befürwortet die bürgerliche Fraktion Eintreten.

Den Finanzplan 2009-2012 nimmt sie zur Kenntnis und dankt für die grosse Arbeit. Trotz grösserer Investitionen verfügt Stein am Rhein noch immer über gesunde Finanzen. Die steten Investitionen in die Infrastruktur, die gute Wohnqualität und die positive Entwicklung des Steuerfusses machen unsere Stadt für die Einwohner, aber auch für Zuzüger attraktiv. Fragen zu einzelnen Positionen werden in der Detailberatung gestellt.

Detailberatung

Pos. 023.310.01 **André Ullmann**, Pro Stein, kritisiert die 20'000 Franken für das Einbinden der Protokolle von Stadt- und Einwohnerrat. Wie sind diese jetzt abgelegt? Gibt es eine kostengünstigere Variante? **Stadtschreiber Fritz Jost** antwortet, die Protokolle seien als lose Blätter in Ordnern abgelegt. Es braucht Einbände, um die Dokumente zu sichern. **André Ullmann**, Pro Stein, bezweifelt, dass dies vorgeschrieben sei. Doch **Fritz Jost** entgegnet, das müsse geschehen, damit später nichts verloren gehe. Unsere Protokolle müssen für ewige Zeiten erhalten bleiben. Es werden nur die Protokolle gebunden. **André Ullmann** stellt den Antrag, den Betrag jetzt zu streichen. Er möchte sich in anderen Gemeinden erkundigen, ob das dort auch so gehandhabt werde. Wenn ja, kann der Betrag nächstes Jahr wieder aufgenommen werden. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** bittet den Einwohnerrat, den Antrag abzulehnen. Die bisherige Archivierungspraxis soll weitergeführt werden. Wir müssen jetzt unsere Protokolle gemäss Gesetz richtig archivieren. Die Protokolle der Stadt Stein am Rhein sind auf Jahrhunderte zurück erhalten. Er bittet um Verständnis dafür, dass infolge besonderer Umstände jetzt 20 Jahre auf einmal gebunden werden müssen. **Guido Lengwiler**, Pro Stein, unterstützt André Ullmann. 20'000 Franken sind ein hoher Betrag. Wenn andere Gemeinden auch so handeln, können wir in einem Jahr nochmals darüber reden. **Urs Weibel**, SP, entgegnet, andere Gemeinden würden ihre Protokolle jährlich einbinden lassen. Der Antrag Ullmann ist abzulehnen.

Abstimmung: Der Einwohnerrat lehnt André Ullmanns Antrag mit 10 gegen 3 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

Pos. 024.306.00: **Ursula Knecht**, FDP, stellt mit Freude fest, dass im Bauamt mehr Lehrlinge ausgebildet werden.

Pos. 024.314.00: **Urs Weibel**, SP, erkundigt sich, ob beim Bauamt Massnahmen vorgesehen seien, um den Lärm beim Entsorgen von Glasflaschen zu vermindern. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, der Entsorgungsverband habe bereits beschlossen, für den ganzen Bezirk Lärm hemmende Glascontainer zu beschaffen.

Pos. 214.352.00: **Rolf Oster**, SP, erkundigt sich nach der Lösung in Sachen Raumbedarf der Musikschule. **Schulreferent David Hilty** gibt bekannt, Räume würden gratis zur Verfügung gestellt. Es wird aber immer schwieriger, solche zu finden, da der Raumbedarf der Schule ansteigt. Das Problem ist zurzeit halbwegs gelöst; der Stadtrat aber muss weitere Entscheide fällen. Das Problem liegt in der fehlenden gesetzlichen Grundlage. Die Stadt ist nicht verpflichtet, der Musikschule Räume zur Verfügung zu stellen.

Pos. 570.301.00: **Franz Marty**, CVP, bemängelt, dass im Altersheim nicht bewilligte Stellen besetzt wurden. **Sozialreferent René Meile** wird dieses Thema mit der Stellenplankommission vertieft anschauen.

Pos. 570.313.00: **Franz Marty**, CVP, stellt fest, dass der Budgetposten für Nahrungsmittel dieses Jahr nicht ausreichen wird. Trotzdem wurde er für nächstes Jahr kaum erhöht, obwohl die Nahrungsmittelpreise steigen. **Sozialreferent René Meile** hofft, der neue Koch könne das Budget einhalten.

Pos. 570.318.04: **Franz Marty**, CVP, hat festgestellt, dass der Aufwand für Veranstaltungen um 66 % erhöht wurde. Welche zusätzlichen Anlässe sind geplant? **Sozialreferent René Meile** antwortet, es seien vermehrt Ausflüge in die Umgebung, unterhaltende und musikalische Veranstaltungen geplant. Damit soll verhindert werden, dass die Bewohner des Heims einfach nur da sitzen und warten müssen, bis es Abend ist. Die 10'000 Franken Mehraufwendungen für diese Anlässe werden dem Vermächtnis von Frau Hedy Meier entnommen.

Pos. 620.314.00: **Guido Lengwiler**, Pro Stein, erkundigt sich, warum der Aufwand für den Strassenunterhalt gegenüber dem Jahr 2007 um 27'000 Franken teurer sei. **Werkreferent Ernst Böhni** begründet dies mit den Böschungen an der Klingenstrasse. Hier musste bei der Sanierung aus Sicherheitsgründen ein Zaun erstellt werden. Dadurch können die Böschungen nicht mehr durch das Bauamt gemäht werden, sondern es muss eine teure Spezialmaschine beigezogen werden. Für **Guido Lengwiler** genügt dieser Grund nicht. **Finanzreferent David Hilty** ergänzt. Das neu erstellte Strassensanierungskonzept zeigte auf, dass in den letzten Jahren punkto Strassenunterhalt zu wenig gemacht wurde. Deshalb musste der Unterhalt vermehrt werden.

Pos. 620.314.06: **Richard Schlatter**, Pro Stein, möchte wissen, wem die Toiletten am Bahnhof nach der Sanierung gehören. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** berichtet, die Fragen rund um den Bahnhof hätten anfänglich zu heftigen Diskussionen mit den SBB geführt. Zuletzt aber kam man sich etwas näher. Der Stadtrat ist sehr unglücklich über deren Verhalten. Er geht davon aus, dass wir für unsere Pendler, aber auch für die Buspassagiere gewisse Dienstleistungen erbringen müssen. Die Vertreter der SBB hielten unter anderem fest, dass für Bahnhöfe dieser Grösse von ihrer Seite keine Toiletten mehr zur Verfügung gestellt werden. Die Bahn wird sich am Unterhalt der Toiletten, aber auch an den notwendigen Investitionen beteiligen, auch in Sachen Unterführung. Es wird gegebenenfalls eine Studie für eine Wendelrampe erstellt. Dies auch im Sinn der Volksmotion Verschönerung vor der Brugg. Die SBB betont aber, sie habe Vorschriften, die wir auf Stufe Gemeinde leider nicht umstossen können.

Pos. 620.434: **André Ullmann**, Pro Stein, stellt fest, dass dem Parkplatzgebührenfonds im vorliegenden Budget wiederum 170'000 Franken entnommen werden. Dem Kommentar ist zu entnehmen, dass die Parkgebühren auf Frühjahr 2009 erhöht werden sollen. Neben den Kosten für den Verkehr werden diesem Fonds gemäss Reglement heute auch Beiträge für den Nahverkehr, für den Tourismus, die Dorfkultur, öffentliche Anlagen und Wanderwege entnommen. Zur Deckung der Ausgaben ist eine starke Erhöhung nötig; soll der Fonds gar geäufnet werden, muss diese noch höher ausfallen. **André Ullmann** regt daher an, mit der Erhöhung auch zu überprüfen, was dem Fonds zukünftig entnommen werden soll.

Stadtpräsident Franz Hostettmann nimmt die Anregung entgegen. Verschiedene Arbeitsgruppen haben bereits die Anpassung der Parkgebühren diskutiert. Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat demnächst einen Kredit für die Anpassung der Parkuhren und Ticketautomaten zur Bewilligung vorlegen. Die Erhöhung der Parkgebühr ist auf den 1. April 2009 geplant. Er wird diese Fragen in die Vorlage einbauen.

Pos. 700.318.00: **Fritz Rietmann**, SP, möchte vom Stadtrat wissen, ob die Planung der Sanierung des Grundwasserpumpwerks Etzwilen automatisch an den bisherigen Planer vergeben werde. Er hat von einem Stadtrat erfahren, dass die Zusammenarbeit mit diesem zurzeit mühsam ist. Wird hier eine Submission durchgeführt? Das ist die Vorstufe für eine Millioneninvestition. Das stellt hohe Anforderungen an den Ingenieur. Ein Wechsel wäre ins Auge zu fassen, wenn verhindert werden soll, dass für weitere Jahre Probleme auftreten. **Baureferent Peter Roth** erklärt, eine Submission sei hier Vorschrift. Das Pumpwerk sollte an den bisherigen Ingenieur vergeben werden, denn dieser kennt es. Für den Leitungsbau ist ein Wechsel denkbar. Aber für die Verhandlungen mit den Bauern ist ebenfalls ein Mann mit Verhandlungsgeschick von Vorteil. Das GWP wurde vom Kanton in gewissen Teilen beanstandet. Der Ingenieur hat die Überarbeitung auf Oktober versprochen, konnte aber den Termin wegen Überbelastung nicht einhalten. Jetzt hat er die überarbeitete Variante auf Dezember versprochen.

Pos. 790.318.00: **Raphaela Niedermann**, SP, stellt zu dieser Position im Namen der GPK folgenden Antrag: Die GPK ist der Ansicht, dass der Zeitpunkt für die Aktualisierung der Leitbilder verfrüht ist. Es sind verschiedene Planungen am Laufen, die sich wesentlich auf die Entwicklung unserer Gemeinde auswirken werden (Fusionsverhandlungen mit Hemishofen, Rheinufergestaltung, Planung Friedaureal, Parkhaus Untertor Sporthalle HOGA, Planung vor der Brugg, Erschliessung Industriegebiet). Die GPK hat dem Stadtrat vorgeschlagen, mit der Überarbeitung der Leitbilder zuzuwarten und den dafür notwendigen Kredit zu einem späteren Zeitpunkt zu beantragen, wenn die erwähnten Planungen weiter fortgeschritten sind. Sie beantragt dem Einwohnerrat, den Kredit von Fr. 61'500.-- aus dem Voranschlag 2009 zu streichen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** teilt mit, der Stadtrat habe sich sehr eingehend mit diesem Antrag auseinandergesetzt. Das Leitbild wurde 1996 erarbeitet und 1997 verabschiedet. Es legt die Richtung der Entwicklung Steins fest. Es wurden Ziele und Massnahmen aufgezeigt. In der Folge wurden ein Verkehrs- und ein Parkplatzkonzept ausgearbeitet. Der Stadtrat verpflichtete sich, sich an diese Leitideen zu halten. Sie dienen ihm als Arbeitsinstrument. Es wurde aber ebenfalls festgehalten, das Leitbild sei alle zehn Jahre anzupassen. Die GPK mag teilweise recht haben. Gewisse Planungen sind am Laufen. In Sachen Fusion mit Hemishofen sollten wir im April wissen, wo wir stehen. Der Baukredit für das Parkhaus soll dem Volk vor den Sommerferien zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Gestaltung des Rheinufers ist gegenwärtig in der öffentlichen Vernehmlassung; die Kommission wird sich danach weitere Gedanken machen. Die Planung Sporthalle ist angelaufen. Wenn wir mit der Überarbeitung des Leitbildes nach den Sommerferien beginnen, wissen wir mehr. Der Stadtrat möchte auch wissen, welche Ziele und Massnahmen leitbildkonform umgesetzt wurden, welche anders und welche überhaupt nicht, dies auch im Hinblick auf die laufenden Projekte. Ein Aufschub ist daher nicht zweckmässig. **Franz Hostettmann** bittet den Einwohnerrat, den Kredit im Voranschlag zu belassen. Der Einwohnerrat stimmt mit 10 gegen 4 Stimmen dem

Antrag der GPK auf Streichung der 61'500 Franken zu. Damit reduziert sich diese Budgetposition auf 1'500 Franken.

Pos 740.314.01: **Guido Lengwiler**, Pro Stein, beanstandet den Betrag von 31'000 Franken für den Unterhalt der Wege und Anlagen auf dem Stadtfriedhof. Die Arbeit könnte auch von einem Angestellten des Bauamtes ausgeführt werden. Die Kommission Friedhofreglement redet von einer Grundgebühr. Es sollten aber besser die Fixkosten gesenkt werden. Diese sind für unseren kleinen Friedhof zu hoch. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** gibt zu bedenken, dass in Stein am Rhein zwei Friedhöfe bestehen. Die Stadt zahlt auch einen Anteil an den Unterhalt des Friedhofs auf Burg. **Guido Lengwiler**, Pro Stein, beharrt auf seiner Ansicht, nur für den Unterhalt der Wege sei der Betrag zu hoch. **Franz Hostettmann** aber listet die weiteren Arbeiten auf, die der Friedhofverwalter ausführt. Die Kosten sind vertretbar. **Guido Lengwiler**, Pro Stein, bittet um eine detaillierte Rechnung. **Franz Hostettmann** ist bereit, die Zahlen in der Kommission bekannt zu geben.

Pos 814: **Urs Weibel**, SP, bittet den Stadtpräsidenten, den Zivilschutz wieder einmal mit dem Unterhalt des Fusswegs zur Burg Hohenklingen zu beauftragen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** bejaht dies. Auch die Reparatur der Nikolaushütte sei darin eingeschlossen.

Pos. 860.312.02: **Franz Marty**, CVP, erkundigt sich, ob der Schnitzelpreis jetzt so hoch angesetzt sei, dass die Fernheizung nicht mehr vom Steuerzahler subventioniert werden müsse. **Baureferent Peter Roth** glaubt, mit dem neuen Preis sollten wir bei Vollbetrieb durchkommen. **Zentralverwalter Martin Furger** erklärt, für den Wärmeverbund würden keine Steuergelder eingesetzt. **Werkreferent Ernst Böhni** ergänzt, der Preis sei dem in der Region üblichen angepasst worden. Wegen der gegenwärtigen Kälte ist auch der Verbrauch höher, was sich positiv auf die Rentabilität auswirkt.

Pos. 830.365.03 **Rolf Oster**, SP, regt an, angesichts der steigenden Kosten für den Tourismus eine Kurtaxe ins Auge zu fassen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** gibt zu bedenken, der Beitrag an Schaffhausen Tourismus von Fr. 3.- pro Einwohner sei im neuen, vom Volk gutgeheissenen Tourismusgesetz festgeschrieben. **Rolf Oster**, SP, wendet ein, die Kurtaxe in St. Moritz sei viel höher. Doch **Franz Hostettmann** verweist auf die gesetzlichen Bestimmungen.

Pos. 920.341.00: **Urs Weibel**, SP, erkundigt sich, ob die neuen Zahlen für den Finanzausgleich 2009 schon bekannt seien. **Finanzreferent David Hilty** antwortet, das sei mehr oder weniger der Fall. Die Zahl wurde auf Empfehlungen des Kantons festgesetzt, also stimmt sie hoffentlich mehr oder weniger.

Seiten 70/71: **Richard Schlatter**, Pro Stein, findet die Kosten für das neue Polizeifahrzeug überrissen. Gibt es für die meist kurzen Fahrten keine günstigere Lösung? **Stadtpräsident Franz Hostettmann** verweist auf das ausführliche Pflichtenheft. Dieses nennt die Gründe für den Antrieb, die Bodenfreiheit usw. Das Fahrzeug allein kostet nur 36'720 Franken; die Zusatzkosten aber sind sehr hoch. Der Stadtrat hat Fragen wie Notwendigkeit von Lichtbalken, Lautsprecher, Blaulicht etc. ebenfalls diskutiert, musste aber alle bejahen. Er bittet, dem Kredit zuzustimmen. Die Aufstellung der Zusatzkosten ist genau und präzise. **Richard Schlatter** erkundigt

sich, ob auf Grund von Erfahrungen auf ein Occasionsfahrzeug verzichtet wurde. **Franz Hostettmann** bejaht; das alte Fahrzeug war ein Flop.

Guido Lengwiler, Pro Stein, bittet den Stadtpräsidenten um Angaben zum Stand der Arbeiten in Sachen Sporthalle HOGA. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** führt aus, man habe wegen Meinungsverschiedenheiten bezüglich Bühne zwei Monate verloren. Die öffentliche Ausschreibung der Planung ist abgeschlossen. Drei Planer wurden eingeladen, an der direkten Submission teilzunehmen. Das Arbeitspapier mit den Vorgaben wurde ausgearbeitet. Der Stadtrat wird nächste Woche entscheiden, ob die Planer für ihre Arbeit entschädigt werden sollen. Abgesehen von einer leichten Verzögerung liegen wir im Zeitplan.

Einwohnerratspräsident Beat Hug macht seine Ratskollegen auf die bereits fortgeschrittene Zeit aufmerksam. Es stehen noch fünf Traktanden zur Beratung an. Er bittet sie, zügig weiterzuarbeiten.

Seite 78/79: **Rolf Oster**, SP, bittet den Stadtrat, zur Verbesserung der Sicherheit die Fussgängerstreifen auf Ausfallstrassen besser ausleuchten zu lassen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** erklärt, der Stadtrat überprüfe dies zurzeit. Die Verkehrskommission nimmt dieses Anliegen auf.

Damit ist die Beratung des Voranschlages abgeschlossen. Es wird kein Rückkommensantrag gestellt.

Beschluss:

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

- 1. Dem Voranschlag Laufende Rechnung und der Investitionsrechnung 2009 wird zugestimmt.**
- 2. Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes ist für das Jahr 2009 eine Gemeindesteuer von 98 % zu erheben.**

Mitteilung an:

Kanton Schaffhausen, Amt für Justiz und Gemeinden, Mühlentalstrasse 105, 8200 Schaffhausen
Stadtschreiber
Ablage

Traktandum 3

**33 02.25.020 FINANZEN, Stadtkasse, Finanzplan
Finanzplan 2009-2012**

Sachverhalt

Der Stadtrat unterbreitet den Finanzplan 2009-2012 wie folgt zur Kenntnissnahme.

Laufende Rechnung	Rechnung 07	Budget 08	Budget 09	Fiplan 10	Fiplan 11	Fiplan 12
0 Allgemeine Verwaltung	1'751'415.69	1'771'310	1'768'710	1'709'000	1'730'000	1'772'400
1 Öffentliche Sicherheit	384'529.28	395'240	421'140	415'900	420'900	433'000
2 Bildung	3'275'674.82	3'628'000	3'619'000	3'532'500	3'569'600	3'607'100
3 Kultur, Freizeit	631'859.91	531'130	546'620	513'200	517'500	521'700
4 Gesundheit	73'798.10	66'200	84'000	86'100	88'100	90'200

5 Soziale Wohlfahrt	1'469'972.17	906'900	1'045'650	1'123'300	1'123'000	1'122'700
6 Verkehr	350'135.45	398'200	379'000	374'000	376'000	377'800
7 Umwelt, Raumordnung	260'723.38	294'850	307'300	246'500	247'200	247'800
8 Volkswirtschaft	188'993.85	152'900	201'100	206'000	211'700	217'500
9 Finanzen, Steuern	-9'085'805.50	-8'214'000	-8'453'800	-8'266'500	-8'218'300	-8'160'300
Ergebnis (- = Ertragsüberschuss)	-698'702.85	-69'270	-81'280	-60'000	65'700	229'900
Steuerfuss Gemeinde	108 %	100 %	98 %	97 %	96 %	95 %

Antrag

Dem Einwohnerrat wird beantragt, vom Finanzplan 2009-2012 Kenntnis zu nehmen.

Urs Weibel, SP, bittet, den Finanzplan für die Zeit von 2010 bis 2013 an die Fusion mit Hemishofen anzupassen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** erklärt, es werde versucht, einen Finanzplan für beide Gemeinden für die Zeit von 2010 bis 2020 zu schaffen. **Urs Weibel**, SP, bittet, sein Votum nicht als Kritik, sondern als Anregung aufzufassen.

Beschluss:

Kenntnisnahme.

Mitteilung an:

Stadtschreiber
Ablage

Traktandum 4

34 03.35.005 INNERES, Gesetze, Gemeinde Fondsreglement, Erlass

Sachverhalt

Auf 1. Juli 2007 trat die Änderung des Gemeindegesetzes in Kraft. Seither besteht die folgende Vorschrift:

Art. 76 Spezialfinanzierungen

Die Zweckbindung von Mitteln der Gemeinde ist wie eine Ausgabe zu beschliessen. Sie ist nur zulässig:

- a) zur Speisung von Fonds, die das übergeordnete Recht vorschreibt;
- b) zur Vorfinanzierung von Investitionen, für die ein Grundsatzbeschluss oder ein Projektierungskredit vorliegt. Die Zweckbindung wird aufgehoben, wenn der Zweck erfüllt oder seit fünf Jahren nicht mehr verfolgt worden ist;
- c) zur Speisung eines Fonds des Gemeinderechts, mit dem ausserordentliche Einnahmen wie Mittel aus Devestitionen einem besonderen Zweck gewidmet werden. Fonds mit allgemeiner Zweckbestimmung sind unzulässig.²⁴⁾

Das Finanzhaushaltsgesetz schreibt zudem vor:

Art. 23 Fonds

Fonds sind formell ausgeschiedene, rechtlich nicht verselbständigte Teile des Staats- oder Gemeindevermögens mit besonderer Zweckbestimmung.

Art. 24 Spezialfinanzierungen

¹ Spezialfinanzierungen sind gesetzlich zweckgebundene Mittel zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe.

² Verpflichtungen und Vorschüsse der Spezialfinanzierungen sind zu verzinsen.

³ Der Regierungsrat löst jene Spezialfinanzierungen auf, deren Verwendungszweck entfällt oder nicht mehr sachgemäss verfolgt werden kann.

Die Speisung von Fonds ist somit nur möglich, wenn eine Rechtsgrundlage mit Zweckbindung besteht. Fonds mit allgemeiner Zweckbestimmung sind unzulässig.

In der Jahresrechnung führen wir die folgenden Fonds:

1. Pensionsfonds
2. Papiergeldkasse HOGA
3. Gasgelderanteile
4. Sporthallenfonds
5. Fonds für Naturschutzaufgaben
6. Erneuerungsfonds Wasser
7. Erneuerungsfonds Abwasser
8. Erneuerungsfonds Wärmeverbund

Es werden zudem die folgenden weiteren Fonds und Legate ausgewiesen:

9. Parkierungsfonds
10. Barth'sches Legat
11. Legat A. Böschenstein-Fäsi
12. Legat Conr. Vetterli-Graf
13. Büel'scher Schulfonds
14. Unterstützungsfonds für arme, kranke und gebrechliche Kinder
15. Büel'scher Schulfonds vor der Brugg
16. Legat Elise Neusch-Stoll
17. Legate Altersheim
18. Legate Notfälle Altersheim

Beurteilung

Die Fonds gemäss Ziffer 1-3 werden nicht mehr gespiesen und können gelegentlich, allenfalls mit einer konkreten Entnahme, aufgehoben werden.

Der Sporthallenfonds (Ziffer 4) ist nicht ein Fonds, sondern die Vorfinanzierung einer Investition gemäss Art. 76 lit. b des Gemeindegesetzes (GG). Er wurde aus guten Rechnungsergebnissen geäufnet und gespiesen. Die Zweckbindung entfällt laut Art. 76 lit. b GG, wenn der Zweck erfüllt ist oder seit fünf Jahren nicht mehr verfolgt wurde. Die Aufnahme in das Fondsreglement ist deshalb nicht vorgesehen.

Dem Fonds für Naturschutzaufgaben (Ziffer 5) werden die Einnahmen aus der Jagdpacht gutgeschrieben und daraus Naturschutzaufgaben finanziert. Die Rechtsgrundlage fehlt und sie ist mit dem Fondsreglement zu schaffen.

Die Erneuerungsfonds für Wasser, Abwasser und Wärmeverbund (Ziffern 6-8) dienen der Erneuerung der Anlagen und der Leitungsnetze. Die Rechtsgrundlage fehlt und sie ist mit dem Fondsreglement zu schaffen. Der Erneuerungsfonds Wärmeverbund ist vorgesehen, aber noch nicht eröffnet.

Für den Parkierungsfonds (Ziffer 9) besteht eine genügende Rechtsgrundlage (Reglement über die Verwendung der Mittel des Parkierungsfonds). Diese wird belassen und die Aufnahme in das Fondsreglement ist daher nicht vorgesehen.

Für die weiteren in der Rechnung ausgewiesenen Legate und Fonds (Ziffern 10-18) bestehen Rechtsgrundlagen in Form von Testamenten, weshalb sie alle nicht in das Fondsreglement einzubeziehen sind.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK hat den Reglementsentwurf geprüft. Sie hat mit Brief vom 28. Oktober 2008 vorgeschlagen, in Art. 1, Abs 1 mit Ziffer 6 sowie mit Abs 3 zu ergänzen. Die Anregung wurde berücksichtigt. Die Überlegung der GPK war, dass alle Fonds erwähnt sein sollen, auch wenn sie wegen anderweitiger Rechtsgrundlage nicht Gegenstand des Fondsreglements sind. Die GPK begrüsst zudem die Aufhebung der Papiergeldkasse, des Pensionskassenfonds und der Gasgelderanteile.

Da aufgrund der Änderung des Gemeindegesetzes für Fonds eine rechtliche Grundlage bestehen muss, bleibt wohl nichts anderes übrig als diese zu schaffen.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 10 lit. d und Art. 21 lit c der Gemeindeverfassung vom 21. März 2003.

Fondsreglement vom 12. Dezember 2008 (Entwurf)

Die Einwohnergemeinde Stein am Rhein erlässt, gestützt auf Art. 76 lit. c des Gemeindegesetzes vom 17. August 1998 und Art. 23 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz) vom 26. Juni 1989, das folgende Fondsreglement:

Allgemeines

Art. 1

¹ Es bestehen die folgenden Fonds:

1. Fonds für Naturschutzaufgaben
2. Erneuerungsfonds Wasser
3. Erneuerungsfonds Abwasser
4. Erneuerungsfonds Wärmeverbund
5. Parkierungsfonds
6. Weitere Legate und Fonds

² Unter dieses Fondsreglement fallen die Fonds gemäss den Ziffern 1 bis 4. Für den Parkierungsfonds besteht ein separates Reglement.

³ Für die weiteren in der Rechnung ausgewiesenen Legate und Fonds bestehen Rechtsgrundlagen in Form von Testamenten.

Art. 2

¹ Die Fonds werden aus Mitteln der Laufenden Rechnung geäufnet.

² Sie werden zum Zinssatz von ½ Prozent über dem Sparkontozins der Schaffhauser Kantonalbank am 30. Juni eines Jahres verzinst. Der Zinssatz gilt für das ganze Rechnungsjahr.

Art. 3

¹ Für die Ausrichtung von Leistungen stehen das Kapital und die Zinsen zur Verfügung.

Fonds

Art. 4 Fonds für Naturschutzaufgaben

¹ Der Fonds bezweckt hauptsächlich die Erhaltung und Verbesserung der Lebensräume der einheimischen und ziehenden wildlebenden Säugetiere und Vögel.

² Er wird aus den überschüssigen Einnahmen aus der Verpachtung der Jagdreviere gemäss Art. 12 Abs. 3 des kantonalen Jagdgesetzes geäufnet.

Art. 5 Erneuerungsfonds Wasser

¹ Der Fonds bezweckt den Ausgleich von Betriebsdefiziten der Wasserversorgung, die sich als Folge erhöhter Bau- oder Betriebskosten vorübergehend ergeben können.

² Er wird aus den überschüssigen Einnahmen der Wasserversorgung geäufnet.

Art. 6 Erneuerungsfonds Abwasser

¹ Der Fonds bezweckt den Ausgleich von Betriebsdefiziten der Abwasserentsorgung, die sich als Folge erhöhter Bau- oder Betriebskosten vorübergehend ergeben können.

² Er wird aus den überschüssigen Einnahmen der Abwasserentsorgung geäufnet.

Art. 7 Erneuerungsfonds Wärmeverbund

¹ Der Fonds bezweckt den Ausgleich von Betriebsdefiziten des Wärmeverbundes, die sich als Folge erhöhter Bau- oder Betriebskosten vorübergehend ergeben können.

² Er wird aus den überschüssigen Einnahmen des Wärmeverbundes geäufnet.

Inkrafttreten

Art. 8

Dieses Reglement tritt auf Beschluss des Stadtrates in Kraft.

Antrag

Dem Einwohnerrat wird beantragt zu beschliessen:

Das Fondsreglement wird genehmigt. Es tritt auf Beschluss des Stadtrates in Kraft.

Finanzreferent David Hilty begründet die Notwendigkeit dieses Reglements mit dem Gemeindegesetz, welches keine Fonds mit nur allgemeiner Zweckbestimmung mehr zulässt. Daraufhin listete der Stadtrat alle Fonds auf und überprüfte sie. Die Fonds 1 bis 3, Pensionsfonds, Papiergeldkasse HOGA und Gasgeldanteilsfonds müssen aufgehoben werden. Der Sporthallenfonds ist kein Fonds, sondern die Vorfinanzierung eines Bauvorhabens und braucht somit kein Reglement. Für den Fonds für Naturschutzaufgaben und die Erneuerungsfonds Wasser, Abwasser und Wärmeverbund gilt das beantragte Reglement. Für den Parkplatzfonds ist ein solches vorhanden. Bei den unter Ziffer 10 bis 18 aufgeführten Fonds und Legaten ist eine Zweckbestimmung vorhanden.

Das neue Fondsreglement wurde bewusst kurz gehalten. Die Artikel 4 bis 7 erläutern die Zweckbestimmungen. Damit sind die Forderungen des Gemeindegesetzes erfüllt.

Eintretensdebatte

André Ullmann, Pro Stein, führt aus, seine Fraktion stimme dem Reglement zu. Sie bezweifelt aber die Vollständigkeit. Das Legat von Hedy Maier fehlt. Dieses ist aber auch testamentarisch geregelt. Inhaltlich werden die Schlüsse des Stadtrates geteilt. Die Ergänzung der GPK wird befürwortet.

Urs Weibel, SP, verweist auf übergeordnetes Recht. Der Reglementierungsbedarf ist gross, das wird nicht das letzte Reglement sein, das wir ausarbeiten müssen. Man sollte auch einmal nein sagen können. Die Fraktion befürwortet Eintreten.

Franz Marty, CVP, erklärt, auch die bürgerliche Fraktion sehe die Notwendigkeit ein. Der Gasgelderanteilsfonds wurde seinerzeit gegründet, um eventuell einmal das Gasnetz zu übernehmen und vielleicht sogar ein eigenes Gaswerk zu bauen. Der Fonds für Naturschutzaufgaben ist eine Folge des Jagdgesetzes. Das Reglement wurde von Stadtschreiber Fritz Jost perfekt ausgearbeitet. Die Fraktion dankt ihm und wird zustimmen.

Detailberatung

Zur Vorlage erfolgt keine Wortmeldung.

Zum Fondsreglement erkundigt sich **Georg Wagner, Pro Stein**, ob für jeden neuen Fonds das Reglement geändert bzw. ergänzt werden müsse, was **Stadtschreiber Fritz Jost** bejaht. **Georg Wagner** hakt nach. Genügt das Gemeindegesetz nicht? Braucht es für jeden Fonds ein Reglement? Es geht doch nur um eine Auflistung. **Fritz Jost** präzisiert: Die Artikel 4 bis 7 bestimmen den Zweck der einzelnen Fonds. Dies fehlt im Gemeindegesetz.

Seite 3 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Der Artikel 14 heisst richtig Artikel 8.

Beschluss

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Das Fondsreglement wird genehmigt. Es tritt auf Beschluss des Stadtrates in Kraft.

Mitteilung an:

Stadtschreiber
Ablage

Traktandum 5

**35 00.20. BAU, Städtische Anlagen
 05.30.065 KULTUR, Vereine, Organisationen, Institutionen, Fussball-Club
 Clubhaus Fussballclub, Sanierung, Bewilligung
 Nachtragskredit Fr. 50'000.--**

Sachverhalt

Am 15. Februar 2008 hat der Einwohnerrat den Kredit von Fr. 207'500.-- für die Sanierung des Clubhauses des Fussballclubs bewilligt. Die Kosten basierten auf dem Kostenvoranschlag der Müller+Partner AG, Architekten+Planer, Stein am Rhein, vom 27. Februar 2007. An zwei Sitzungen hatte sich zuvor eine Arbeitsgruppe mit dem Projekt auseinandergesetzt. Um unnötige zusätzliche Ausgaben zu vermeiden, hat die Arbeitsgruppe bewusst auf weitere Sitzungen verzichtet, weil die Bauausführung als einfach beurteilt wurde. Der Beginn der Bauarbeiten wurde vom Architekten in Absprache mit den Verantwortlichen des Fussballclubs verzögert, um die Hauptarbeiten während der spielfreien Zeit ausführen zu können.

Anlässlich der Besprechung am 11. November 2008, welche eigentlich zur Vorbereitung der Arbeitsvergaben vorgesehen war, wurde eröffnet, dass mit Mehrausgaben von rund Fr. 50'000.-- zu rechnen sei. Die Mehrkosten wurden wie folgt begründet:

Äussere Renovationsarbeiten, nicht im Projekt enthalten:

- Einbau Dachflächenfenster inklusive Verkleidung	Fr.	4'000.00
- Ingenieurkosten, wegen notwendiger Änderung der Konstruktion	Fr.	3'000.00
- Neue Schliessungsanlage	Fr.	2'600.00

Innere Renovationsarbeiten, nicht im Projekt enthalten:

- Mehrkosten Küche	Fr.	7'500.00
- Ersatz Schliessungsanlage (innen)	Fr.	1'000.00
- Dämmung über Aufenthaltsraum	Fr.	5'000.00
- Wandplatten in Duschen	Fr.	6'600.00
- Mehrkosten für Baumaterial	Fr.	2'000.00
- Rollläden	Fr.	2'700.00
- Garderobenbänke auffrischen	Fr.	4'400.00

Mehrkosten gegenüber dem Kostenvoranschlag:

- Stahlteile für Holzbau	Fr.	1'900.00
- Pfetten gemäss Angaben Ingenieur	Fr.	900.00
- Aussenputz durch Baumeister	Fr.	1'500.00
- Ablaufrohre (in Offerte nicht enthalten)	Fr.	500.00
- Neuer Plattenbelag auf Terrasse, Mehrkosten	Fr.	6'000.00
- Wandverkleidung	Fr.	2'700.00
- Wandisolation	Fr.	3'700.00
- Neue Dampfabzughutten, Mehrkosten	Fr.	6'500.00
- Metallbauarbeiten, Mehrkosten	Fr.	1'500.00
- Architektenhonorar, Mehrkosten	Fr.	<u>1'000.00</u>
Mehrkosten	Fr.	65'000.00

Minderkosten bei einigen BKP:

- Baumeisterarbeiten	Fr.	12'900.00	
- Diverses Arbeiten	Fr.	<u>2'100.00</u>	Fr. <u>15'000.00</u>
Nachtragskredit			Fr. <u>50'000.00</u>

Finanzierung

Bruttokosten, gemäss Kredit vom 15. Februar 2008	Fr.	207'500.00
Beitrag der Jakob und Emma Windler-Stiftung	Fr.	<u>75'000.00</u>
Nettokosten, Stand am 15. Februar 2008	Fr.	132'500.00
Nachtragskredit	Fr.	<u>50'000.00</u>
Kosten	Fr.	182'500.00
Beitrag Sport Toto	Fr.	50'000.00
Beitrag Politische Gemeinde Eschenz	Fr.	<u>5'000.00</u>
Nettokosten	Fr.	<u>127'500.00</u>

Dank den Beiträgen aus dem Sport-Toto-Fonds und der Politischen Gemeinde Eschenz verringern sich die Nettokosten um Fr. 5'000.--, auf Fr. 127'500.--.

Erwägungen des Stadtrates

Der Stadtrat war überrascht, dass die Bauvorbereitungen so lange hinausgezögert wurden, aber auch über die aufgelisteten Mehrkosten. Er hat diese genau geprüft und sich überlegt, in welchem Rahmen sie gesenkt oder auf welche bauliche Massnahmen verzichtet werden könnte. Die Küchenkombination wurde seinerzeit beim Bau des Clubhauses eingebaut und war das Geschenk einer Privatperson, welche sein Haus umbaute. Der Dampfabzug ist eine Notwendigkeit und ebenso wenig kann auf die Wandplatten in den Duschen, sowie auf die Dämmung über dem Aufenthaltsraum verzichtet werden. Einzig die Garderobenbänke müssten nicht unbedingt aufgefrischt werden. Für den Stadtrat hat sich die Frage gestellt, ob der Fussballclub die Mehrkosten übernehmen sollte oder ob auf einzelne Ausführungen verzichtet werden könnte. Da der Fussballclub sein Darlehen bei der Stadt betreffend die Sanierung des Fussballplatzes noch nicht zurückzahlen konnte, kann er, wie in der Vorlage zum Baukredit ausführlich dargestellt, die Mehrkosten nicht tragen. Selbst wenn die Kosten vom FC getragen oder durch Dritte finanziert würden, ist dem Einwohnerrat gemäss der Stadtverfassung der Bruttokredit zu unterbreiten. Die Vorlage an den Einwohnerrat ist somit zwingend. Ein Baubeginn kann erst nach der Bewilligung des Nachtragskredites durch das Parlament erfolgen. Im Interesse des Fussballclubs und in erster Linie als Wertschätzung seiner Arbeit für unsere Jugend bittet der Stadtrat den Einwohnerrat, den Nachtragskredit von Fr. 50'000.-- zu bewilligen, auch im Bewusstsein, dass der Nettokredit für die Stadt dank den

Beiträgen von Sport-Toto und der Gemeinde Eschenz um Fr. 5'000.-- geringer ausfällt als in der ursprünglichen Vorlage aufgezeigt.

Der Stadtrat ist wenig erbaut, Ihnen den Nachtragskredit von Fr. 50'000.-- beantragen zu müssen. Er hat die Mehrkosten eingehend geprüft und in Frage gestellt. Seine Meinung gegenüber den Verantwortlichen über die erst jetzt erfolgte Information über die Mehrkosten hat er abgegeben. Im Interesse der Sache, aber auch in erster Linie als Wertschätzung der Arbeit unserer Verantwortlichen des Fussballclubs Stein am Rhein für unsere Jugend, bittet Sie der Stadtrat, den Nachtragskredit zu genehmigen.

Der Beschluss liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates.

Antrag

Dem Einwohnerrat wird beantragt zu beschliessen:

Der Zusatzkredit von Fr. 50'000.-- für die Sanierung des FC-Clubhauses wird bewilligt.

Stadtpräsident Franz Hostettmann erklärt einleitend, der Stadtrat sei wenig erbaut, in dieser Sache um einen Nachtragskredit nachsuchen zu müssen. Am 15. Februar 2008 bewilligte der Einwohnerrat einen Kredit von 207'500 Franken für die Sanierung dieses im Besitze der Stadt stehende Gebäude. Die Kosten basierten auf einem Kostenvoranschlag eines Architekturbüros. Am 11. November 2008, anlässlich der Arbeitsvergaben, wurde dem Stadtrat mitgeteilt, dass Mehrausgaben entstünden. Diese sind in der Vorlage aufgelistet. Unter anderem stellte sich heraus, dass die alte Küche ihren Zweck nicht mehr erfüllt und die Lüftung nicht ausreicht. Dazu braucht es für die Statik eine andere Konstruktion. Zur Finanzierung: Dank Beiträgen des Sport-Toto und der Gemeinde Eschenz steigen die Nettokosten gegenüber dem bewilligten Kredit nicht an. Der FC ist nicht in der Lage, die Kosten zu übernehmen. Er leistet viel Jugendarbeit.

Eintretensdebatte

Georg Wagner, Pro Stein, führt aus, die Leistungen des FC seien vor einem Jahr gewürdigt worden. Die Notwendigkeit einer Sanierung ist unbestritten. Die Arbeitsvorbereitung war nicht korrekt, der Kostenvoranschlag wurde zu wenig sorgfältig erarbeitet; er basiert wahrscheinlich auf Schätzungen. Wer dafür verantwortlich ist, ist jetzt nicht bekannt. Dank den Beiträgen von Sport-Toto belaufen sich die Nettokosten nur auf 132'000 Franken und übersteigen damit den seinerzeit bewilligten Kredit nicht. Weil aber der Einwohnerrat jeweils den Bruttokredit bewilligt, könnte man darüber streiten, wem die zusätzlichen Subventionen gehören. Ist es richtig, diese dem Verein auszuzahlen? Dieser wird sie in den Bau investieren. Die Pro Stein drückt in der Vorweihnachtszeit ein Auge zu, bringt aber zwei Anregungen ein:

1. Die Sanierung sollte durch den Bauverwalter oder die Arbeitsgruppe begleitet werden. Diese sollen laufend über den Kostenstand informieren.
2. Das FC-Gebäude sollte nach der Sanierung prüfen, ob das Gebäude nicht dem Club im Baurecht abgegeben werden könnte, damit der Verein die Kosten für den Unterhalt selber tragen muss. Dieser könnte sie dann selbständig und in Eigenregie durch ihre Mitglieder ausführen lassen.

Die Pro Stein befürwortet Eintreten.

Fritz Rietmann, SP, sieht die Ursache für diesen Nachtragskredit im Fehler, dass der Stadtrat dem Einwohnerrat eine nur auf Kostenschätzungen basierende Vorlage unterbreitete. Der FC kann die Mehrkosten nicht tragen. Als Novum begrüsst der Votant die Tatsache, dass wir für einmal über einen Nachtragskredit befinden können, der noch nicht ausgegeben ist. Die Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Verena Strasser, SVP, berichtet, die bürgerliche Fraktion habe den Nachtragskredit mit Überraschung und Verärgerung zur Kenntnis genommen. Bei genauerer Vorbereitung hätte er vermieden werden können. Ferner ist die Fraktion verwundert, dass die Arbeiten noch nicht in Angriff genommen wurden. Sie hofft, dass keine weiteren Überraschungen eintreten werden. Da der FC nicht in der Lage ist, die Mehrkosten zu tragen und er sich stark in der Jugendarbeit engagiert, wird die Fraktion aber dennoch zustimmen.

Stadtpräsident Franz Hostettmann ist bereit, die Arbeitsgruppe wieder einzusetzen. Um Geld zu sparen, war beabsichtigt, darauf zu verzichten.

Detailberatung

Raphaela Niedermann, SP, stellt den Antrag, die Mehrkosten für das Architektenhonorar zu streichen. Dieser soll für seine liederliche Arbeit nicht noch belohnt werden. **Baureferent Peter Roth** entgegnet, der Architekt könne nichts dafür. Der FC wollte die Sanierung ursprünglich in Eigenleistung durchführen, doch da es sich um ein städtisches Gebäude handelt, griff der Stadtrat ein. Die Vorlage basierte auf Kostenschätzungen. Im Zuge der Planungsarbeiten bemerkte der Ingenieur, dass die vorgesehene Vorgehensweise nicht möglich sei. Wie bei einer Sanierung üblich, tauchten weitere Mehrkosten auf. Ein Teil davon entsteht für die Erfüllung von Wünschen des FC'2. Auch **Ratspräsident Beat Hug** hält das Vorgehen für problematisch. Daraufhin zieht **Raphaela Niedermann** ihren Antrag zurück.

Beschluss:

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Der Zusatzkredit von Fr. 50'000.-- für die Sanierung des FC-Clubhauses wird bewilligt.

Mitteilung an:

Stadtschreiber
Bauverwaltung
Ablage

**36 03.20.000 INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat
Sportpreis, Postulat Rolf Oster**

Sachverhalt

Rolf Oster, SP, und drei Mitunterzeichner haben am 17. November 2008 das folgende Postulat eingereicht:

Steiner Sport-Preis

Der Stadtrat wird gebeten, einen Steiner Sport-Preis ins Leben zu rufen. Mit diesem Preis sollen Sportlerinnen/Sportler oder Sportvereine für besondere Leistungen und/oder langfristig erfolgreiche Vereinsarbeit (z.B. Jugendförderung, polysportives Angebot) geehrt werden. Der Preis sollte finanzieller Art sein und anlässlich eines speziellen Anlasses öffentlich überreicht werden.

Begründung

Steiner Sportlerinnen und Sportler sowie Sportvereine waren immer wieder national und kantonal erfolgreich, so beispielsweise im Korbball, Schwimmen, Pontonier-Wettfahren. Im Weiteren leisten zahlreiche Vereine wichtige Jugendarbeit und bieten seit Jahrzehnten ein breites polysportives Angebot für jedes Alter. Zudem hat sich mit dem Staaner Stadtlaufl ein Sportanlass etabliert und ist heute weit über die Region bekannt.

Hinter diesen Leistungen steckt viel Fleiss, Ehrgeiz, Enthusiasmus und Freiwilligenarbeit und bisher nie "das Grosse Geld des Spitzensports". Eine spezielle Anerkennung von Seiten der Stadt wäre ein Zeichen, dass dieser Einsatz auch von der öffentlichen Hand wahrgenommen und geschätzt wird.

15. November 2008

Rolf Oster und drei Mitunterzeichner

Der Postulant **Rolf Oster**, SP, ergänzt sein Postulat wie folgt:

Die Jugendförderung ist ein wichtiges Anliegen. Bei speziellen Leistungen sollte die Stadt die Sportvereine unterstützen und ein Zeichen setzen. Er bittet seine Ratskollegen, seinem Postulat zuzustimmen.

Baureferent Peter Roth erklärt, der Stadtrat anerkenne den Einsatz der Vereine und der Sportler. Er verfolgt deren Leistungen und dankt ihnen bei besonderen Gelegenheiten. Ebenso verdankt er ihre Jugendarbeit. Dabei sind alle gefordert, Vorstand, Mitglieder, Betreuer, aber auch die Eltern. Der Stadtrat bringt bereits jetzt folgende Leistungen:

- Die Vereine können sämtliche Lokale unentgeltlich benützen. Das ist nicht in allen Gemeinden selbstverständlich;
- Die Vereine erhalten jährlich einen Beitrag;
- Der Stadtrat leitet Beitragsgesuche für spezielle Vorhaben oder Anschaffungen an die Jakob und Emma Windler-Stiftung weiter;
- Er hilft den Vereinen bei der Suche nach Übungslokalen;
- Nach jedem eidgenössischen Fest organisiert und sponsert er einen offiziellen Empfang.

Im Breitensport zählt in erster Linie das Mitmachen. Zudem stellen sich zahlreiche schwierige Fragen. Wer soll einen Preis erhalten? Podestplatz oder Sieg? Trend- oder Randsportarten? Wer legt die Kriterien fest? Der Stadtrat oder eine Kommission? Wie hoch soll der Preis angesetzt sein? Wie sieht der spezielle Anlass für die Überreichung des Preises aus? Für Kinder und Erwachsene gemeinsam ist das schwierig. Der Aufwand könnte gross werden. Und: Auch musisch Tätige oder die Pfadfinder usw. erbringen besondere Leistungen. Aus allen diesen Gründen bittet der Stadtrat den Einwohnerrat, das Postulat nicht erheblich zu erklären, sondern es dem Stadtrat zu überlassen, die Erfolgreichen nach seinem Ermessen zu würdigen.

Stellungnahme der Fraktionen

Richard Schlatter, Pro Stein, erklärt, seine Fraktion schliesse sich Peter Roths Ausführungen an. Die Idee ist gut, die Begründung richtig. Der Stadtrat soll so weiterfahren wie jetzt. Es darf nicht nur der Sport gewürdigt werden. Auch ist es schwierig, wenn eine politische Instanz Preise verteilt. Die Fraktion wird das Postulat nicht erheblich erklären.

Franz Marty, CVP, schliesst sich im Namen der bürgerlichen Fraktion seinen beiden Vorrednern an. Der Vorstoss ist gut gemeint, ein Sportpreis aber ist keine politische Aufgabe. Zudem müsste ein Preis auf alle besonderen Leistungen, auch auf anderen als sportlichen Gebieten, ausgeweitet werden. Auch die bürgerliche Fraktion wird nicht zustimmen.

Rolf Oster, SP, dankt für die Voten. Das Gesagte ist sicher richtig. Aber es ist eine Aufgabe des Stadtrates, für das Wohl der Gemeinde zu sorgen. Die Freiwilligenarbeit wird geschätzt, auch vom Stadtrat. Es ist aber wichtig, dass sportliche und musische Leistungen auch ideell unterstützt und von Seiten der Gemeinde anerkannt werden. Er bittet seine Ratskollegen, dem Postulat zuzustimmen.

Antrag

Dem Einwohnerrat wird beantragt, das Postulat für nicht erheblich zu erklären.

Beschluss:

**Mit 8 gegen 5 Stimmen und einer Enthaltung beschliesst der Einwohnerrat:
Das Postulat wird für nicht erheblich erklärt.**

Mitteilung an:

Stadtschreiber
Ablage

Traktandum 7

**37 03.20.000 INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat
Allgemeine Umfrage**

Guido Lengwiler, Pro Stein, bringt drei Anmerkungen vor:

1. Nach mehreren Vorstössen von seiner Seite hat nun der Weg vom Wisegässli zum Parkplatz Untertor eine Beleuchtung erhalten. Dafür dankt er dem Stadtrat.
2. Der Wahlkampf für die Einwohnerratswahlen von Ende November stimmt ihn nachdenklich. Es wurden drei anonyme Flugblätter verteilt und zwei anonyme Inserate mit Unwahrheiten publiziert. Ist das Steins würdig? Dazu war die Menge der Flugblätter unglaublich gross. Die Kosten pro Einwohner dürften Schweizer Rekord erreichen. Vor acht Jahren verzichtete die SP auf ein weiteres Flugblatt und spendete die eingesparten Kosten für das Spital von Dr. Aschwanden. Er bittet die Fraktionspräsidenten, in vier Jahren vorgängig zusammenzusitzen und sich abzusprechen. Trotzdem gratuliert Guido Lengwiler allen Gewählten.
3. Die Pro Stein hat in Richard Schlatter einen neuen Fraktionschef gefunden. Vielen Dank.

Raphaela Niedermann, SP, bittet den Stadtrat, die Situation auf der Burgackerstrasse nochmals anzuschauen. Die Schwelle brachte kaum eine Verkehrsverlangsamung. Die Anwohner haben Angst. Vielleicht könnten die Parkplätze versetzt angeordnet werden.

Richard Schlatter, Pro Stein, dankt den abtretenden Politikern seiner Fraktion, nämlich Heidi Schilling, Schulpräsidentin, Regula Lengwiler, Friedensrichterin,

Christian Flück, Mitglied der Schulbehörde, Georg Wagner, Einwohnerrat, und überreicht ihnen ein Präsent.

Einwohnerratspräsident Beat Hug ermahnt Richard Schlatter; solche Aktionen gehören nicht an diese Stelle.

Dann dankt **Stadtpräsident Franz Hostettmann** am Ende einer Legislaturperiode, in welcher sehr viel verwirklicht werden konnte, persönlich und im Namen des Stadtrates für die angenehme, aufbauende Zusammenarbeit im Parlament und in den Kommissionen. Für die Neukonstituierung bittet er die Parteiprääsidenten, ihm Namen für ihre Vertreter in den Kommissionen zu nennen. Für das Jahr 2009 wartet bereits wieder viel Arbeit. Er wünscht allen eine schöne Adventszeit und besinnliche Weihnachtstage.

Auch der scheidende **Finanzreferent David Hilty** dankt dem Einwohnerrat für die Unterstützung seiner Vorlagen in den vergangenen acht Jahren. Er konnte damit feststellen, dass seine Arbeit geschätzt wurde.

Der ebenfalls scheidende **Baureferent Peter Roth** hat gern mit dem Einwohnerrat zusammengearbeitet. Für ihn war das Baureferat ein Glücksfall, das ihm viel brachte. Sein Ziel war stets, die Bauherren zu ihrer Zufriedenheit zu bedienen und ihnen das Gefühl zu geben, ihnen fachlich etwas zu bieten. Er schliesst sich dem Dank an.

Werkreferent Ernst Böhni dankt dem Einwohnerrat für die Bewilligung seiner Kredite. Seit heute steht auf dem Rathausplatz ein moderner Papierkorb. Er bittet, diesen auszuprobieren.

Zum Schluss dankt **Einwohnerratspräsident Beat Hug** dem Stadtrat und seinen Ratskollegen. Für ihn war das ein spezielles Jahr. Die Disziplin seiner Ratskollegen und die sachlichen Voten erleichterten seine Arbeit sehr. Das Leiten der Sitzungen war eine grosse Bereicherung und eine spezielle Ehre. Er wünscht sich, dass die parlamentarische Arbeit auch in Zukunft so weitergeführt wird. Ferner wünscht er sich vom Rat in der neuen Zusammensetzung Weitsicht, Mut und kameradschaftliche, konstruktive Zusammenarbeit. Zum Schluss wünscht er allen Anwesenden eine besinnliche Weihnachtszeit und für das neue Jahr Glück und Gesundheit. Die nächste Sitzung findet bereits am 16. Januar 2008 statt.

Schluss der Sitzung 22.33 Uhr

Stein am Rhein, 23. Dezember 2008

Korrigierte Fassung vom 12. Januar 2009.

In der Fassung vom 23. Dezember 2008 fehlte die Protokollierung der Eintretensdebatte zum Beschluss Nr. 32 (Voranschlag 2009), welche mit der korrigierten Fassung nachgeholt wird.

Der Protokollführer

Werner Vögeli